

## **Beschluss** Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 23.11.2023  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

### **Antragstext**

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen
- 2 haben auf
- 3 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und
- 4 über 240
- 5 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste.
- 6 Wir stehen
- 7 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Wir
- 8 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen
- 9 schweren
- 10 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt, Hinterbliebene betreut und Leichen
- 11 geborgen
- 12 haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der
- 13 Staatsgründung
- 14 Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und Juden in Israel aufs Neue
- 15 um ihr
- 16 Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine ungeteilte und
- 17 unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für Israel und seine Bürger\*innen
- 18 deutlich
- 19 machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson und Leitmotiv unseres
- 20 Handelns.
- 21 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen
- 22 Verantwortung.
- 23 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden,
- 24 nachdem
- das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden
- systematisch
- ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren
- Hafen für
- das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso
- unverhandelbar wie
- die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese
- Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- Regierung die Pflicht, ihre Bürger\*innen dauerhaft zu schützen. Seit den
- Terrorangriffen vom
7. Oktober führt Israel deshalb als Reaktion Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen.
- Darunter
- leidet die palästinensische Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist\*innen, darunter
- zahlreiche
- Kinder, sterben durch den Krieg. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen,

25 denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde  
und  
26 versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Wir setzen uns  
27 vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für  
Feuerpausen  
28 und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen  
können. Dazu  
29 gehört es auch, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln,  
30 Medikamenten und Energie zuzulassen. Schwerkranke und Schwerverletzte müssen  
31 schnellstmöglich in Krankenhäuser im benachbarten Ausland überführt werden  
können. Auch der  
32 Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort  
unterbunden werden.

33 Für Israel gilt wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft das  
völkerrechtliche  
34 Gebot der Verhältnismäßigkeit. Wir begrüßen die Resolution des UN-Sicherheitsrats,  
die  
35 Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und  
besonders  
36 durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu  
gewährleisten. Nur  
37 durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten wird eine  
38 ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich  
sein. Zur  
39 deutschen Staatsräson gehört aber gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für  
die  
40 Sicherheit Israels und seiner Bürger\*innen.

41 In Gaza ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem,  
was es  
42 zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Mindestens  
eine  
43 Millionen Palästinenser\*innen sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und  
44 Mitarbeiter\*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not  
zu  
45 versorgen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für  
Gaza  
46 erhöht hat. Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie  
47 bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren  
humanitären  
48 Zugang.

49 Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und  
Perspektivlosigkeit  
50 geprägt. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft  
der  
51 Hamas. Auch die Politik der Abriegelung hat die wirtschaftliche Entwicklung massiv  
52 erschwert. Mittel- und langfristig braucht es neben einer politischen auch ökonomische  
53 Perspektiven für den Gazastreifen, um dauerhaft menschenwürdige  
Lebensverhältnisse zu

54 schaffen. Nach dem Ende des Konflikts setzen wir uns für ein Ende der Politik der  
55 Abriegelung des Gazastreifens unter Wahrung der israelischen Sicherheitsinteressen  
ein. Wir  
56 fordern eine koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die  
EU  
57 beteiligen soll. Wir fordern eine aktive Rolle der Vereinten Nationen in den  
Bemühungen um  
58 die Schaffung und Sicherung von Frieden in der Region.

59 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf  
diesen Krieg  
60 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist\*innen und  
das  
61 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die  
62 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten  
Verbündeten  
63 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir  
uns  
64 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die  
Geltung  
65 des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das  
66 internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die  
67 erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen  
Süden und der  
68 arabischen Welt.

69 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit  
Israels  
70 und das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten auch für die Zukunft zu  
garantieren:  
71 Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns mit  
Nachdruck für  
72 eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein,  
bei der  
73 der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger  
palästinensischer  
74 Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dazu gehört eine kritische  
75 Auseinandersetzung mit den Ursachen aus verschiedenen Perspektiven. Es ist unser  
Ziel, dass  
76 Israelis und Palästinenser\*innen als Bürger\*innen dieser beiden Staaten mit vollen  
77 bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten in Frieden und Sicherheit leben  
können.

78 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen  
Lage für  
79 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch die EU soll auf beide Seiten aktiv  
80 einwirken. Dabei setzen wir uns für feministische und nachhaltige Ansätze der  
Konfliktlösung  
81 ein, deren Umsetzung sich an den Grundsätzen der Resolution 1325 orientiert.

82 Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt  
werden  
83 kann. Darum braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch

eine  
84 konsequente Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist  
auch eine  
85 Grundlage für die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer  
Institutionen.  
86 Zu der Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde  
den  
87 Terror gegen Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Der fortdauernde israelische  
88 Siedlungsbau, Pläne für völkerrechtswidrige Annexion und die Siedlergewalt gegen  
89 Palästinenser\*innen im Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Das  
90 humanitäre Völkerrecht muss überall eingehalten werden. Wir wollen weiterhin mit  
denjenigen  
91 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden  
Seiten für  
92 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger\*innenrechte und Frieden einsetzen.  
93 Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen Gewaltakteure, die nie den  
Frieden mit  
94 Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung  
Israels  
95 und seiner Bürger\*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen  
Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die  
96 internationale  
97 Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen  
98 Revolutionsgarden.  
99 Als größte Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen  
100 Gebiete auch den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung  
fördern, um  
101 Hass entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser\*innen  
und den  
102 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.  
103 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen  
regionalen  
104 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung  
bekommen  
105 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die  
106 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch  
deswegen  
107 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur  
der  
108 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung,  
auf die  
109 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.  
110 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte  
111 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in  
Deutschland  
112 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der  
sich auf  
113 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und

Juden oder  
114 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt.  
115 Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht  
116 vorrangig ein Problem der Einwanderungsgesellschaft. Auch Kunst und Kultur sind  
nicht immun  
117 gegen Antisemitismus. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden  
treten  
118 wir daher entschieden entgegen, denn die Perspektiven jüdischer und israelischer  
119 Künstler\*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur.  
120 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in  
Deutschland,  
121 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in  
122 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu  
machen.  
123 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer  
auch  
124 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die  
Menschlichkeit. Dazu  
125 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und  
gefeiert  
126 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur  
Gewalt  
127 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.  
128 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische  
129 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.  
Deshalb ist es  
130 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder  
verherrlichen,  
131 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres  
Rechtsstaats  
132 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach  
durch  
133 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der  
134 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen  
135 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte  
Konsequenzen für die  
136 Täter\*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der  
Aufenthaltserlaubnis.  
137 Diese Möglichkeit besteht längst.  
138 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den  
Antisemitismus  
139 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft  
reichen  
140 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus  
jeglicher  
141 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter.  
Zu  
142 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der

Lehren der  
143 Shoa sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler  
Bestandteil  
144 von Integrationsmaßnahmen sein. Jede\*r, der oder die hier lebt, muss die Shoa kennen  
und die  
145 Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche  
146 Organisationen, die Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten  
oder  
147 Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt  
werden. Wir  
148 brauchen islamische Verbände und Vereine, welche unsere freiheitlich-demokratische  
149 Grundordnung achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland  
verwurzelt  
150 sind. Für diese Verbände müssen Finanzierungsstrukturen gefunden werden.

151 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und  
152 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslim\*innen nicht. In  
Deutschland leben  
153 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen  
Verbindungen in die  
154 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in  
Gaza und der  
155 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen  
wir.

156 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich auch in  
der  
157 aktuellen, angespannten Lage verbrieft - unter den Bedingungen, dass  
Demonstrationen  
158 angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des Strafrechts  
eingehalten  
159 werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und Standpunkte vertreten  
werden, die für  
160 viele an die Grenzen des Erträglichen gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das  
gilt auch  
161 für die hier lebenden Palästinenser\*innen sowie das Recht auf friedliche  
Demonstration und  
162 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im  
Rahmen der  
163 geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe zu Terror und  
Terrororganisationen  
164 oder für Antisemitismus.

165 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben  
166 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben  
für alle  
167 ermöglichen. Demokrat\*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, sie  
kämpfen gegen  
168 Hass und Terror, sie setzen sich für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung ein.